

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 3 Anfrage Meier Anja und Mit. über den Geschichtsunterricht an der Luzerner Volksschule / Bildungs- und Kulturdepartement

Anja Meier ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Anja Meier: Wer sind wir? Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Ein fundiertes Geschichtswissen und Geschichtsbewusstsein ist für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie zentral. Die Geschichte befähigt uns, aus vergangenen Ereignissen zu lernen und aktuelle einzuordnen. Sie fördert das kritische Denken und legt einen Grundstein, damit Menschen als verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft agieren. Damit der Geschichtsunterricht diese wichtige Funktion wahrnehmen kann, sind genügend Ressourcen und gute Rahmenbedingungen notwendig. Aber genau dort liegt der Hase im Pfeffer. Fachkreise beklagen schon länger eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Geschichtsunterricht. Mit dem Lehrplan 21 wurde der Geschichtsunterricht als eigenständiges Fach abgeschafft, und die Anzahl Wochenlektionen wurden gekürzt. Deshalb wird zunehmend in Frage gestellt, ob mit diesen reduzierten Zeitfenstern und dem Zusammenschluss mit dem Fach Geografie, also dem Sammelfach «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (RZG), noch genügend Wissen und Kompetenzen vermittelt werden können, vor allem im Bereich der jüngeren schweizerischen und europäischen Geschichte. Die eher defensiv gehaltene Antwort des Regierungsrates konnte mir diese Befürchtung nicht nehmen. Es scheint, also könnte oder wollte man nicht genauer hinschauen, wie es um den Geschichtsunterricht an den Luzerner Volksschulen steht. Wir sind erstaunt, dass ein neuer Lehrplan mit neuen Fächern eingeführt wurde, aber niemand wirklich weiss, wie sich dieser auf die Vermittlung der Kompetenzen auswirkt. Wenn alle Kantone erklären, dass sie noch keine Evaluation durchgeführt haben, was aber eigentlich eine Aufgabe der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) wäre, dann sollten die Kantone die EDK damit beauftragen. Die Regierung schreibt, dass eine Evaluation im Fach RZG kostspielig ist. Um die Grundqualität zu ermitteln, ist aber keine aufwendige Testreihe notwendig. Der Vorschlag mit den kostengünstigeren Leitfadeninterviews wäre ein erster guter Schritt. Die Frage, ob der fächerübergreifende Unterricht im Bereich RZG wirklich ein Erfolgsmodell ist, wird nicht wirklich aufgegriffen. Das ist schade, denn im Fachbereich RZG geht es um einen bedeutenden kulturellen Grundauftrag der Volksschule. Damit meine ich nicht nur das Fach Geschichte, sondern auch Geografie. Die Pädagogische Hochschule Luzern (PH Luzern) versucht mit der Aufteilung des Studienbereichs RZG in ein Hauptfach Geschichte und ein Nebenfach Geografie oder umgekehrt, die traditionelle Fächerausbildung zu

erhalten. Dies führt dazu, dass die Ausbildung in einem der beiden Fächer massiv reduziert wird. Später müssen aber beide Fächer unterrichtet werden. Angesichts der Schulaufsicht ist es für die SP-Fraktion bedenklich, dass keine aussagekräftigen Zahlen darüber vorliegen, ob im Bereich RZG unzureichend ausgebildete Lehrpersonen unterrichten. Gilt hier einfach die Devise «Augen zu und durch»? Diese Zurückhaltung erstaunt uns, weil gerade die Bedeutung des Geschichtsunterrichts als Grundlage für die Förderung des staatspolitischen Interesses aktuell in den Blickpunkt gerückt ist. Gute Rahmenbedingungen für einen qualitativ hochstehenden Geschichtsunterricht sind nicht einfach nur «nice to have». Sie tragen dazu bei, dass unsere Demokratie und Gesellschaft widerstandsfähiger und angesichts von Geschichtsverzerrungen und Fake News gestärkt werden. Auch in der Schweiz ist die Demokratie nicht einfach vom Himmel gefallen. Die SP-Fraktion behält sich deshalb vor, mit einem weiteren Vorstoss über die Aufwertung des Geschichtsunterrichts an dieser Thematik dranzubleiben.

Tobias Käch: Als geschichtsinteressierter Mathematik- und Physiklehrer habe ich dieses Votum über den Geschichtsunterricht vorbereitet. Die Fragen wurden durch den Regierungsrat zwar ausführlich beantwortet, aber wir können ihm dafür trotzdem nicht die Note 6 ausstellen. Beispielsweise lässt die Antwort zu Frage 5 zu viel Raum für Spekulationen offen. So wird ausgeführt, dass an Luzerner Schulen mehrheitlich qualifizierte Lehrpersonen tätig sind. Das heisst es sind mehr als 50 Prozent, aber auch weniger als 100 Prozent. Im Nachsatz steht, dass es nur in begründeten Ausnahmefällen und vorübergehend unqualifizierte Lehrpersonen sein dürfen. Die aktuelle Fachkräftelage lässt aufgrund der vagen Aussagen aber zu viel Spielraum offen. Ganz allgemein finden wir aber, dass es schwierig ist, nur über ein einzelnes Fach und einzelne Kompetenzen zu diskutieren. Wir denken zudem, dass die Antworten auf gleiche Fragen, beispielsweise zum Fach Mathematik, sehr ähnlich ausgefallen wären. Viel wichtiger ist der Mitte-Fraktion eine ganzheitliche Betrachtung, denn mit der Einführung des Lehrplans 21 kam es in vielen Fächern und Themen zu Änderungen. Immer wieder werden zusätzliche Bedürfnisse geäussert, was alles zusätzlich in den Lehrplan aufgenommen werden soll und gestärkt werden muss, weil es zu wenig Lektionen hat. Genau deshalb freuen wir uns über die generellen Antworten der Regierung. Die Regierung möchte allenfalls prüfen, wie die Struktur des fächerübergreifenden Unterrichts in die Vorlesung der PH Luzern aufgenommen werden kann. Ob es nun um die Struktur oder aber die Inhalte geht: Wir finden es wichtig, dass in den Vorlesungen der PH Luzern das vermittelt wird, was der Lehrplan 21 im Schulzimmer vorsieht. Wir erwarten nicht einfach eine allfällige Überprüfung, sondern dass diese zu einem Standardprozess wird.

Ramona Gut-Rogger: Wir leben in einer komplexen Welt. Heutige Herausforderungen können nicht mehr isoliert betrachtet werden. Kinder und Jugendliche müssen lernen, die Fragestellungen aus unterschiedlichen Perspektiven und insbesondere interdisziplinär zu betrachten. Genau das verfolgt der Lehrplan 21. Es wird nicht mehr vorgeschrieben, welche Inhalte thematisiert werden, sondern es werden vielmehr übergeordnete Zielsetzungen vorgegeben, und die Lehrpersonen können fachübergreifende Inhalte definieren. In der Folge macht es Sinn, die Ausbildung der Lehrpersonen interdisziplinär zu gestalten. Als ehemalige Schulleiterin erachte ich es als nicht besorgniserregend, dass Lehrpersonen für das interdisziplinäre Fach teilweise nicht vollumfänglich fachdidaktisch ausgebildet sind. Alle Lehrpersonen verfügen aber über eine stufengerechte, teilweise jahrzehntelange Berufserfahrung, es gibt Einführungskurse zum Unterricht im Zeitalter des Lehrplans 21 oder fachdidaktische Weiterbildungsangebote, die einen zeitgemässen interdisziplinären Unterricht ermöglichen, und die Kinder und Jugendlichen werden entsprechend gefördert

und gefordert. An der Volksschule sind die Schulleitungen für die Pensenplanung ihrer Lehrpersonen zuständig. So sind es die Schulleitungen, die ihre Lehrpersonen und deren Kenntnisse, Erfahrungen und Aus- und Weiterbildungen am besten kennen. Sie können all diese Kriterien bei der Pensenplanung berücksichtigen, um allen Lernenden einen guten Unterricht zu ermöglichen. Gerne nehme ich zum staatspolitischen Unterricht Stellung: Diesbezüglich verweist die FDP-Fraktion auf das Postulat P 894 von alt Kantonsrätin Irene Keller und die Diskussionen im Jugendparlament im vergangenen Herbst. Die Forderung nach mehr staatspolitischem Unterricht an der Volksschule Luzern ist also bereits adressiert.

Lisa Zanolla: Die SVP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden. Die Implementierung des Lehrplans 21 wurde von der Dienststelle Volksschulbildung (DVS) evaluiert. Die heutige Lektionenzahl ist für die Erarbeitung der RZG-Kompetenzen ausreichend, zumindest hat die DVS bis heute keine Hinweise von Volksschulen oder weiterführenden Schulen erhalten, dass diese nicht ausreichen würden. Die Thematik wird auch regelmässig mit anderen Kantonen verglichen und in interkantonalen Gremien besprochen. Eine hohe Qualität des Unterrichts ist nicht nur im Geschichtsunterricht zentral, sondern in jedem Fach. Dass diese gewährleistet bleibt, dafür sind der Regierungsrat und unser Parlament zuständig. Der SVP-Fraktion ist es natürlich sehr wichtig, dass eine gute Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen, die passende Infrastruktur, die adäquaten Lehr- und Lernmittel sowie weitere Rahmenbedingungen vorhanden sind. Was uns aber wiederum wundert, ist, dass die Anfragestellerin, die politisch die linke Ratsseite vertritt und zu denjenigen gehört, die sich im Rahmen der Einführung des Lehrplans 21 vehement für diesen eingesetzt haben, jetzt Kritik äussert oder damit nicht zufrieden ist.

Laura Spring: Wie ich dem Votum von Tobias Käch entnehmen konnte, ist der Mitte-Fraktion der Geschichtsunterricht ebenfalls wichtig. Aus Fachkreisen ist zu hören, dass sich die Rahmenbedingungen für den Geschichtsunterricht verschlechtert haben. Mit der Einführung des Lehrplans 21 wurde der Geschichtsunterricht als eigenständiges Fach abgeschafft. Es ist fraglich, ob mit diesem reduzierten Zeitfenster und dem Zusammenzug mit dem Fach Geografie in das Fach RZG noch ein ausreichendes Wissen und die entsprechenden Kompetenzen vermittelt werden können. Es ist kein Widerspruch, wenn man zwar für den Lehrplan 21 ist, aber darauf aufmerksam macht, wenn bei der Umsetzung nicht alles gut läuft. Die PH Luzern versucht mit der Aufteilung des Studienbereichs RZG im Hauptfach Geschichte und im Nebenfach Geografie oder umgekehrt die traditionelle Fächerausbildung zu erhalten. Das führt dazu, dass die Ausbildung in einem oder in beiden Fächern massiv reduziert wird. Die Lehrpersonen müssen jedoch beide Fächer unterrichten. Es erstaunt deshalb, dass keine aussagekräftigen Zahlen darüber vorliegen, ob im Bereich RZG genügend oder ausreichend ausgebildete Lehrpersonen unterrichten. Dieses Unwissen erstaunt, wenn man bedenkt, wie wichtig ein guter Geschichtsunterricht als Grundlage für die Förderung des staatspolitischen Interesses ist. Wir erinnern in diesem Zusammenhang gerne an den Dauerbrenner der letzten Legislatur, als es um das Fach politische Bildung ging. Ein qualitativ hochstehender Geschichtsunterricht ist kein Luxus, den man sich leisten kann oder nicht. Wissen über die Geschichte, aber auch die Kompetenz im Umgang mit Quellen und somit auch Quellenkritik sind für eine Demokratie ein elementarer Bildungsauftrag, gerade auch im Zusammenhang mit vielen grassierenden Fake News. Die Grüne Fraktion betont nochmals die Wichtigkeit eines qualitativen Geschichtsunterrichts und dass dieser unbedingt wieder mehr gefördert werden sollte.

Urban Sager: Die Antwort der Regierung ist defensiv verfasst. Die Antwort zu Frage 1 beginnt ausweichend und mutlos. Man möchte lieber nicht darüber reden, so liest sich die erste Antwort. Die Antwort zu Frage 2 erstaunt, gerade wenn man sich in diesem Feld

bewegt. Viele Rückmeldungen von Geschichtslehrpersonen bringen ganz klar zum Ausdruck, dass mit der aktuellen Stundendotation nur rudimentäre Kenntnisse von Geschichte, geschweige denn vertiefte Kenntnisse über historische Zusammenhänge zu vermitteln sind. Statt den engen Zusammenhang zwischen einem guten Geschichtsunterricht und dem Verstehen aktueller politischer Zusammenhänge zu erwähnen, verharrt die Bildungsdirektion in einer mutlosen Abwehrhaltung. Geschichtsbewusstsein ist für unsere Gesellschaft aber zentral. Weshalb sonst schreien alle nach Geschichte, wenn Kriege ausbrechen, Terroranschläge verübt werden oder sich Pandemien ereignen? Die oberflächliche Beantwortung der gesamten Anfrage ist zudem Ausdruck einer falschen, meines Erachtens auch gefährlichen Vorstellung, dass nämlich Demokratie und ein friedliches Zusammenleben vom Himmel gefallen seien und immer bleiben würden. Es ist zwar erfreulich, dass gemäss Antwort zu Frage 2 die Rolle des Geschichtsunterrichts regelmässig und auch mit anderen Kantonen verglichen sowie in interkantonalen Gremien besprochen wird. Interessant wären hier aber insbesondere auch internationale Vergleiche, wie sie bei den Pisa-Studien gang und gäbe sind. Hier hat der Europarat ein «Observatory on History Teaching in Europe» etabliert, dem auch die Schweiz beigetreten ist. Es ist daher mehr als angezeigt, sich seitens des Bildungs- und Kulturdepartementes (BKD) dieses Themas anzunehmen. Entsprechend ist es erschreckend zu lesen, dass anscheinend keine Zahlen über ausreichend ausgebildete Lehrpersonen vorliegen. Irritierend ist schliesslich die Antwort der Regierung zu Frage 6. Weil die Aspekte Raum, Zeit und Gesellschaft in unserer Lebenswelt eng miteinander verknüpft seien, sollen sie nicht isoliert unterrichtet werden. Die Aspekte sind auch eng mit Biologie, Wirtschaft und Sprache verknüpft. Aus dieser Logik machen wir also am besten ein Fach für alles und nennen es dann «Leben». Natürlich nicht, denn zum Verständnis unserer komplexen Welt bedarf es eines Fachwissens, und dazu ist eine fachspezifische Methodik angebracht, die interdisziplinär vernetzt werden kann. Das ist erst der zweite Schritt. Man muss dieses Fachwissen zuerst aufbauen. Es ist schade, dass die Regierung diesen Ball nicht aufnimmt. Insgesamt müssen wir eine viel zu defensive und auch undifferenzierte Haltung der Regierung gegenüber einer konstruktiven Weiterentwicklung des Geschichtsunterrichts feststellen.

Armin Hartmann: Bezüglich des Geschichtsunterrichts haben wir mit Anja Meier und Urban Sager keine Differenzen. Geschichte ist eine der zentralen Professionen, die wir unseren Lernenden mitgeben wollen. Bei den Erfolgsfaktoren für einen erfolgreichen Geschichtsunterricht – der adäquaten Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen – dürfen wir auch keine Differenzen haben. Wenn wir das kurzfristig nicht sicherstellen können, müssen wir nachqualifizieren und kompensieren. Weiter braucht es eine passende Infrastruktur, adäquate Lehr- und Lernmittel, gute weitere Rahmenbedingungen und – darum geht es in der Anfrage – genügend Lektionen. Klar ist, dass wir mit dem Lehrplan 21 auf überfachliche Kompetenzen setzen. Die dafür eingesetzten Stunden sind gemäss unserer Beurteilung ausreichend. Mit dem Fach RZG haben wir ausserdem ein attraktives und zielgerichtetes Angebot. Wir erhielten keine Rückmeldungen, dass dieses Angebot nicht genügt. Deshalb kann ich Ihre Stellungnahmen in diesem Sinn nicht bestätigen. Wie von Laura Spring ausgeführt, gibt es bei der PH Luzern eine Pendezenz, weil das fächerübergreifende Angebot noch nicht vorhanden ist und nach dem alten System unterrichtet wird. Diesbezüglich sind wir der Meinung, dass man sich durchaus eine Weiterentwicklung vorbehalten sollte. Anja Meier hat zusätzliche Untersuchungen verlangt und dass sich die EDK entsprechend engagieren soll. So einfach ist das nicht, das weiss ich aus der Vorstandssitzung von letzter Woche. Wir führen bereits viele Untersuchungen durch, und jede weitere Untersuchung wird gerade durch das Schulfeld sehr kritisch beurteilt, weil es dadurch immer und immer wieder

belastet wird. Unser Schulfeld soll sich auf den Kernauftrag konzentrieren können. Tobias Käch hat richtig ausgeführt, dass wir den Fächerkanon ganzheitlich anschauen müssen, eine isolierte Betrachtung zu einzelnen Fächern ist auch unserer Beurteilung nach nicht zielführend. Natürlich bedauern wir es, wenn wir für unsere Antwort nicht die Note 6 erhalten, denn wir haben uns wie immer angestrengt. Wir nehmen Ihre Beurteilung selbstkritisch entgegen.